

Verdi-Protest mit Partyhits und Konfetti

FRANKFURT Warnstreiks in Behörden und Kliniken

Es ist nicht gerade eine klassische Gewerkschaftshymne, die durch das Frankfurter Bahnhofsviertel schallt: "Yippie Yippie Yeah Yippie Yeah, Krawall und Remmidemmi!" basst der Partyhit von Deichkind aus den Boxen eines Transporters. Eine Konfettikanone ballert Papierfetzen über die Anwesenden, ein Einpeitscher ruft mit Fußballgesängen zur kollektiven Bewegung auf: "Hey, hey, wer nicht hüpf, ist Arbeitgeber."

Diese Demo soll ja auch keine klassische Gewerkschaftsaktion sein. Zum "Hessischen Jugendstreik" hatte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi aufgerufen, schätzungsweise 300 Auszubildende sind ihr gefolgt. "Als Auszubildende bekommen wir ja nicht einmal Mindestlohn", klagt Julienne Kraicker, eine angehende Krankenpflegerin im Klinikum Frankfurt-Höchst. So mancher Lehrling müsse Nebenjobs annehmen, um sich die Miete in Frankfurt leisten zu können, berichtet die Auszubildendenvertreterin. Die Zeiten, dass man ja noch bei den Eltern wohnen könnte, seien vorbei. "Viele sind Quereinsteiger und haben selbst eine eigene Familie." Laut Tarifvertrag bekommen Auszubildende je nach Aufgaben und Lehrjahr zwischen 970 und 1300 Euro brutto Lohn im Monat.

Als diese Hitparade für mehr Gehalt auf ihrem Weg zur Alten Oper am Willy-Brandt-Platz vorbeikommt und mit kurzem Sitzstreik die Straßenbahngleise besetzt, schließen sich ihr etwa drei

Dutzend Kartenverkäufer, Bühnenarbeiter und Beleuchter der Städtischen Bühnen an. Verdi verlangt nicht nur 100 Euro mehr im Monat für die Auszubildenden. Für die insgesamt 2,3 Millionen Beschäftigten im Bund und in den Kommunen, zu denen die Mitarbeiter der Bühnen zählen, will sie 4,8 Prozent mehr Gehalt und eine Ost-/West-Angleichung der Arbeitszeiten erkämpfen.

Der Zug der Gewerkschaftsjugend durch die Innenstadt ist dabei nur eine von drei Demonstrationen, mit denen die Gewerkschaft ihren Forderungen kurz vor der nächsten Verhandlungsrunde in Potsdam Nachdruck verleihen will. Am Morgen hatten sich am Mainufer Kita-Erzieher versammelt, einige Stunden später hielten rund 200 Beschäftigte von städtischen Behörden, der Mainova, den Kliniken und auch der Polizei eine Kundgebung auf dem Goetheplatz ab. Am Ende des Tages wird Verdi berichten, dass sich in Frankfurt 1100 Beschäftigte an Demonstrationen beteiligt hätten.

"Super", lobt Frank Werneke die drei Demos in der Stadt. An allen hatte der Verdi-Bundesvorsitzende teilgenommen, überall sagt er das Gleiche: Die Arbeitgeber hätten in der Corona-Krise einen "Gedächtnisverlust" erlitten. Von dem Lob und dem Applaus für die Ersthelfer zu Beginn der Pandemie sei nicht mehr viel zu hören. "Dabei seid ihr die Helden der Krise, ihr seid systemrelevant", ruft er den De-

monstranten zu. Das müsse sich jetzt finanziell auszahlen. "Nicht gekündigt zu werden reicht nicht aus als Wertschätzung." Die Arbeitgeber, unterstellt er, hätten sogar versucht, die Pandemie für sich auszunutzen: Sie hätten eine Verschiebung der Verhandlungsrunde bis zum Frühjahr abgelehnt in der Hoffnung, dass es dann Verdi schwerer falle, in Zeiten der Abstandsregeln die Massen auf die Straße zu bringen.

Von "Falschaussagen" spricht nun der Arbeitgeberverband, und "immer dreisteren Methoden" der Gewerkschaft, wobei solche Formulierungen vor Tarifverhandlungen nicht ungewöhnlich sind. Die Kommunen und der Bund verweisen auf die angespannte Haushaltslage. Um 700 Millionen Euro sind allein die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Frankfurt gesunken - wobei Land und Bund 438 Millionen an Corona-Hilfe überweisen wollen. Die Arbeitgeber halten es auch für unredlich, das Klinikpersonal ständig in den Vordergrund des Protestes zu rücken. Die machten schließlich nur eine Minderheit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus, zu dem auch Behördenangestellte, Pädagogen und Arbeitsvermittler gehörten. Solche Vorhaltungen empören wiederum Verdi-Chef Werneke. Auch für Lehrer, Kita-Erzieher und Jobvermittler sei die Krise eine Belastung. Sein Fazit: Man müsse "vor der Verhandlungsrunde noch mal richtig Druck machen." Sie steht am 22. Oktober an.

Falk Heunemann

© 2020 PMG Presse-Monitor GmbH